

AUFSCHWUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT: WAS JETZT ZU TUN IST

Von Katharina Dröge, Andreas Audretsch, Dr. Sandra Detzer und Katharina Beck

2. März 2026

Über 3,5 Millionen Unternehmen zeichnen den Wirtschaftsstandort Deutschlands aus. Doch eben dieser Standort steht vor tiefgreifenden Herausforderungen und der Frage, wie ein neuer Aufschwung und nachhaltiges Wachstum gelingen. Seit Ende der 2010er Jahre stagnierendes Potenzialwachstum, hohe Investitionsbedarfe, der beschleunigte Klimawandel mit Risiken für Lieferketten und Wertschöpfung und eine alternde Gesellschaft stellen unsere Unternehmen und unsere Gesellschaft als Ganzes vor neue Herausforderungen. Doch es gibt weitere, wesentliche Veränderungen, die wir adressieren müssen. Die industriepolitischen Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort liegen heute nicht mehr allein in klassischen europäischen Standortfaktoren, sondern auch in der strategischen Positionierung gegenüber Systemrivalen wie China und dem aggressiven geoökonomischen Auftreten der USA. Wir wollen einen wettbewerbsfähigen, resilienten und starken Wirtschaftsstandort, der Wohlstand und Frieden mit ermöglicht.

Alte Gewissheiten erodieren in hoher Geschwindigkeit – Bundesregierung muss ihre interne Uneinigkeit überwinden

Der chinesische Absatzmarkt als Garant für hohe Renditen, das scheinbar billige russische Gas als Lebensader für energieintensive Industrien und jahrzehntelange transatlantische Verlässlichkeit sind weggefallen. Wir erleben einen Epochenbruch – das Völkerrecht, die jahrzehntelang stabile internationale Ordnung und der Multilateralismus sind massiven Attacken ausgesetzt. Das hat tiefgreifende Folgen für den Welthandel und das deutsche, stark exportorientierte Wirtschaftsmodell. Ein bloßes Reagieren auf geopolitische Dynamiken oder rein kosmetische Eingriffe werden der Führungsrolle, die Deutschland in Europa einnehmen muss, jedoch nicht



gerecht. In dieser Zeit der Umbrüche darf Deutschland nicht in Schockstarre verharren oder gar in den Rückwärtsgang schalten.

Deutsche Wirtschaftspolitik muss europäischer werden. Es schadet dem Wirtschaftsstandort massiv, wenn Wirtschaftsministerin Reiche den Industrial Accelerator Act in Brüssel blockiert, der die europäische Wettbewerbsfähigkeit erhöhen soll und einen moderaten Einsatz von Made in Europe Regelungen für mehr Resilienz vorsieht. Auch das Ausbremsen der Energiewende wird die Energiekosten in Deutschland erhöhen, statt sie zu senken und internationale Abhängigkeiten zementieren. Die Unsicherheit, die durch das Hin und Her dieser Regierung entsteht, ist Gift für das Investitionsklima in Deutschland. Stattdessen wäre es notwendig, unser Land und die Rahmenbedingungen erfolgreichen Wirtschaftens in hoher Geschwindigkeit und mit der gebotenen Klarheit über Stärken und heutige Schwächen weiterzuentwickeln und Planungssicherheit zu ermöglichen. Aufschwung gelingt nicht mit Rezepten der Vergangenheit und schon gar nicht mit erratischem Hin und Her.

Es braucht einen mutigen Aufbruch in eine Wirtschaft, die innovativ, resilient und unabhängig von autoritären und willkürlich agierenden Staaten ist, die gute Arbeitsplätze und faire Löhne bietet und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Deutschland soll in einem geeinten Europa zu einem der innovativsten, klimafreundlichsten und resilientesten Wirtschaftsstandorte der Welt werden. Wir wollen Aufschwung, wir wollen gemeinsam und mit klarem Kurs in die Zukunft.

WAS JETZT ZU TUN IST

Zukunftsbranchen sind Wachstumsbranchen: Chancen aus Dekarbonisierung

mit „Level Playing Field“ nutzen

Der deutsche Wirtschaftsstandort hat in den letzten Jahren unter anderem nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wichtige Modernisierungsschritte gemacht; erneuerbare Energien, die mit funktionierenden Netzen und Speichern die günstigsten Energieformen sind, boomen und viele Unternehmen investieren in innovative Zukunftstechnologien. Der Schutz von Klima und Biodiversität ist nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich ein wichtiger Erfolgsfaktor. Das Weltwirtschaftsforum mahnt jedes Jahr von Neuem, dass ökologische Risiken in den nächsten zehn Jahren die entscheidendsten Risiken für die Wirtschaft sind. Darin





liegen auch unternehmerische Chancen. Und schon jetzt sind die Zukunftsbranchen ein Wachstumsfaktor: Die GreenTech-Branche ist mit durchschnittlich 5 Prozent Wachstum pro Jahr seit 2010 wesentlich dynamischer als andere Teile der deutschen Wirtschaft. Während die Wirtschaftswende der Bundesregierung scheitert, bieten sich hier große Chancen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. 60 % unseres Stroms kommen inzwischen aus Wind und Sonne. Im Wärmebereich ist der Turnaround gelungen. Immer mehr Menschen setzen auf klimafreundliche Heizungen. Der Absatz von Wärmepumpen ist im letzten Jahr um 55 % gestiegen. Die Elektromobilität ist weltweit auf dem Vormarsch, mit einem Wachstum von 23 % im letzten Jahr, und bietet auch für den Autostandort Deutschland Chancen, wenn endlich konsequent auf Elektromobilität umgestellt wird.

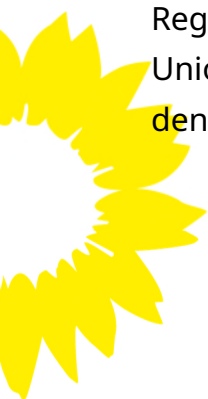
Märkte können Nachhaltigkeit ermöglichen, wenn sie verlässliche politische

Rahmenbedingungen haben

Doch die Bundesregierung fährt eine Zukunftsbranche nach der anderen in Deutschland vor die Wand. Wenn der Unions-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn ernsthaft behauptet, wir könnten doch China die Elektroautos bauen lassen, während sich Europa auf den Verbrenner konzentriert, gibt die Union im Kern die deutsche Automobilindustrie auf.

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz ist Gift für eine Branche, die sich erst wieder von den wirtschaftlichen Schäden eines populistischen Wahlkampfes erholt hat. Das bestehende Wachstum bei Wärmepumpen wird massiv aufs Spiel gesetzt. Und eine CDU-geführte Regierung droht erneut eine ganze Wirtschaftsbranche zu beschädigen, so wie sie damals schon die Solarenergiebranche aus Deutschland vertrieben hat.

Und mit dem Netzpaket droht die Bundesregierung den so erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien auszubremsen. Nach der Altmaier-Lücke in der letzten CDU-Regierung droht den Erneuerbaren jetzt der Reiche-Rückschlag. So verschärfen Union und SPD auch Abhängigkeiten von Flüssiggas-Importen aus Trumps USA und den Golfmonarchien.





Wir stehen für Zukunftsindustrien statt Industriemuseum

Investitionen brauchen Planungssicherheit. Dazu gehört, gesetzte Klimaziele einzuhalten, um Vertrauensschutz für Vorreiterunternehmen zu gewährleisten, und einen European Green Industrial Deal wirklich umzusetzen. Klimaschutz muss durch einen klugen Mix aus öffentlichen Investitionen, zielgenauen Anreizen und Förderprogrammen sowie klarem Ordnungsrecht umgesetzt werden. So entsteht ein „level playing field“.

Der Netzausbau muss nach jahrelangen Blockaden schneller vorangehen. Wir fordern deshalb beschleunigte Planungsverfahren nicht nur für die Übertragungsnetze, sondern auch für Verteilnetze. Die Speicherbranche steht in den Startlöchern, aber sie braucht klare Rahmenbedingungen mit bundesweit eindeutigen Regelungen für den Netzanschluss, sonst werden keine Investitionsentscheidungen getroffen.

In der Stahlindustrie sichern wir durch Klimaschutzverträge und grüne Leitmärkte die Produktion von Primärstahl, während wir in der Automobilindustrie durch klare Zielvorgaben für die Elektromobilität die technologische Marktführerschaft halten wollen. Ein wettbewerbsfähiger Brückenstrompreis von 5 ct/kWh sowie Investitionen in die Infrastruktur legen dabei das Fundament für sichere Arbeitsplätze und eine moderne industrielle Wertschöpfung.

Der Chemieindustrie unterbreiten wir ein Angebot: Die zusätzlichen Ausgaben, die der Industrie durch den Zertifikatehandel entstehen, geben wir den Unternehmen über Klimaschutzverträge für die Umstellung auf eine klimaneutrale Produktion zurück.

In diesem Kontext wichtig: Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität muss - wie von uns Grünen erstritten - nun auch konsequent für zusätzliche Investitionen statt für konsumtive Ausgaben genutzt werden. Eine Zweckentfremdung, wie sie derzeit geschieht, ist ökonomischer Irrsinn. Es braucht grundsätzlich Planungssicherheit für Unternehmen, auch um die Chancen einer dekarbonisierten Zukunft voll auszuschöpfen.





Für einen selbstbewussten Umgang mit China –

Wettbewerbsvorteile liberaler Demokratien nutzen

Wer Europa abschreibt, verkennt die strukturellen Stärken liberaler Demokratien. Es ist Zeit, die Stärken unserer Demokratie voll auszuspielen und den Wettbewerb selbstbewusst anzunehmen.

Während Chinas Innovationskraft stark staatlich gelenkt und auf Effizienz in der Skalierung (wie bei E-Mobilität oder Photovoltaik) ausgerichtet ist, basiert das europäische Modell auf Bottom-up-Innovation. Diese kreative Freiheit ist eine hervorragende Voraussetzung für disruptive Innovationen, die bestehende Denkmuster sprengen. Radikale Neuerungen entstehen oft dort, wo Forscher keine Angst vor staatlichen Repressalien haben müssen – wie das in Deutschland und Europa der Fall ist. Außerdem: Die EU bietet allen Rechtssicherheit und IP-Schutz. Die europäische Rechtsstaatlichkeit schafft ein stabiles Umfeld für langfristige Forschungsinvestitionen.

Die europäische Demokratie wird oft als langsam oder bürokratisch kritisiert. Doch genau diese Pluralität ist neben Aufwand gleichwohl ein wirtschaftlicher Sicherheitsfaktor, der uns Resilienz durch demokratische Stabilität verleiht: verlässliche Rechtsstaatlichkeit gibt Investitionssicherheit, durch freie Medien und politische Opposition können wirtschaftliche Fehlentwicklungen in Europa frühzeitig thematisiert und korrigiert werden. In autokratischen Systemen wie China werden strukturelle Probleme (bspw. Immobilienkrise, demografische Risiken) oft jahrelang kaschiert, bis sie zu systemischen Schocks führen. Auch die Sozialstaaten der europäischen Länder wirken als automatischer Stabilisator. Sie federn Transformationsrisiken ab und sorgen für einen sozialen Frieden, der in China durch zunehmende Überwachung und sozialen Druck erkaufte werden muss.

Diesen Systemvorteil müssen wir in wirtschaftliche Stärke übersetzen. Deutsche CleanTech-Innovationen sind oft führend, diesen Vorsprung müssen wir durch klare politische Rahmenbedingungen (z. B. Klimaziele) und die Vertiefung des europäischen Kapitalmarktes vorantreiben. Der Clean Industrial Deal dient als Innovationsstrategie und Motor künftiger Geschäftsmodelle – auch mit Made-in-Europe-Vorgaben für kritische Technologien und Infrastrukturen, wie sie derzeit im Industrial Accelerator Act (IAA) verhandelt werden. Industrielle KI, Robotik, Quantencomputing und Medizintechnik sind dabei entscheidende Wachstumsfelder. Umso gravierender – auch für die Wettbewerbsfähigkeit der EU – sind die Angriffe auf den Green Deal, die auch die Bundesregierung in Europa zu verantworten hat.

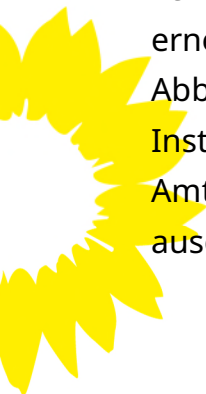




Hierbei spielt die Vertiefung des Europäischen Binnenmarktes eine zentrale Rolle. Er hat enorme ungenutzte Potentiale und ist bereits jetzt für die deutsche Exportwirtschaft ein unersetzlicher Anker in einer rauen geopolitischen Welt. Für seine Weiterentwicklung braucht es aber eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur europafreundlich spricht, sondern auch handelt. Das gilt insbesondere für die EU-Strategie der Wirtschaftssicherheit und ihre drei Säulen: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Allianzen mit neuen Partnern und einen effektiven Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen, zum Beispiel durch ein harmonisiertes Investment-Screening. Und auch bei den entscheidenden Debatten zur digitalen Souveränität darf sich die Bundesregierung nicht auf Entbürokratisierungsforderungen zurückziehen.

Ja zu mehr Partnerschaften in der Welt

Die Zeitenwende hat die Weltwirtschaft längst erfasst, doch die Reise von Bundeskanzler Merz nach Peking lässt zweifeln, ob diese Realität im Kanzleramt vollumfänglich akzeptiert wurde. Innovationsfähigkeit allein kann die massiven politischen Eingriffe Chinas nicht mehr kompensieren – es braucht eine klare politische Flankierung. Statt jedoch als souveräner Akteur aufzutreten, hat sich der Bundeskanzler in Peking weitgehend dem Kooperationsdruck der großen Konzerne gebeugt. Hinter der rhetorischen Formel eines ‚umsichtigen De-Riskings‘ verbirgt sich faktisch eine Relativierung notwendiger strategischer Härte. Indem Merz die Partnerschaft einseitig betont, ignoriert er die Realität des systemischen Wettbewerbs und lässt vor allem den deutschen Mittelstand im Stich, der gegen staatlich subventionierte Überkapazitäten kaum noch bestehen kann. Anstatt ein unmissverständliches Signal für europäische Souveränität zu senden, wurde die Reise zu einer Fortsetzung der einseitigen Abhängigkeitspolitik unter neuem Namen. Ein strategisches De-Risking sieht anders aus: Es müsste die wirtschaftliche Sicherheit über kurzfristige Absatzinteressen einzelner Großunternehmen stellen. Insbesondere die aktuell massiven Attacken auf den regelbasierten Handel verlangen nach einer gemeinsamen Antwort. In den USA lassen sich seit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump eine weitreichende Infragestellung, gar ein Abbau bis hin zu systematischen Angriffen auf demokratische und rechtsstaatliche Institutionen beobachten. Nachdem die USA direkt nach dem Beginn der zweiten Amtszeit Trumps erneut aus dem Pariser Klimaabkommen und der WHO ausgetreten waren und USAID zerschlagen haben, sind sie nun aus 66 weiteren





internationalen Organisationen und Abkommen ausgetreten. Die Drohungen gegen die NATO-Partner Kanada und Dänemark (Grönland) stellen eine Gefahr für das Fundament des gesamten Bündnisses und seinen Fortbestand dar. Mit seiner Zollpolitik versucht Donald Trump zudem, Europa zu spalten und uns zu schaden. Wir wollen eine „Allianz der Gegenmacht“ schmieden – ein pragmatisches Bündnis der Staaten, die auf faire Zusammenarbeit und verlässliche Regeln setzen. Dazu gehören Partner wie Kanada, Japan oder Australien, aber auch Länder des Globalen Südens. Wenn ein Partner unter Druck gesetzt wird, stehen wir füreinander ein – etwa durch gegenseitigen handelspolitischen Beistand.

Deutschland und Europa müssen ihre internationalen Partnerschaften vertiefen, diversifizieren und besonders mit dem Globalen Süden eine gleichberechtigte Zusammenarbeit suchen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die EU ein neues plurilaterales Handelsabkommen initiieren, welches faire Handelsbeziehungen mit hohen Standards zum gegenseitigen Vorteil ermöglicht. Das Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS) zeigt, dass gerechte und ökologische Handelsregeln möglich sind. Die EU sollte sich anschließen und weitere Partner einladen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, sektorale Handelsabkommen für bestimmte Waren und Dienstleistungen, die schneller zu verhandeln sind, abzuschließen. Ein zentraler Baustein muss auch die Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung sein. Deutschland und Europa sind bei kritischen Rohstoffen in besonderem Maße von China abhängig, das bei der Förderung und Verarbeitung zahlreicher Mineralien eine dominierende Stellung einnimmt. Diese Rohstoffdominanz wird zunehmend für geopolitische Ziele instrumentalisiert, weshalb wir dem ein strategisches und souveränes Handeln entgegensetzen müssen. Gemeinsam mit Partnern auf der Weltbühne kann dies gelingen, wenn wir endlich aktiv werden.

Innovationen und eine aktive Industriepolitikbezahlbare Energie für die Industrie

In Zeiten von Strukturwandel und Protektionismus braucht es eine aktive Industriepolitik, die gezielt künftige Stärken aufbaut, Innovationen fördert und unsere Volkswirtschaft resilienter macht. Die Antwort auf unsere Systemrivalen darf nicht in Mutlosigkeit liegen, sondern im unerschütterlichen Vertrauen auf die Innovationskraft unserer freiheitlichen Ordnung. Deutschland hat mit seinen industriellen Schlüsseltechnologien starke Verhandlungspositionen, die der Kanzler in Peking selbstbewusst in die Waagschale werfen muss. Neue





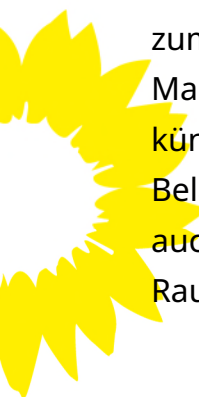
Technologien sichern die Wettbewerbsfähigkeit von morgen; daher muss das Wissen unserer Hochschulen noch effektiver in neue Geschäftsmodelle übersetzt werden.

Eine aktive Industriepolitik muss sich auf systemrelevante Technologien für eine klimafreundliche und digitalisierte Zukunft fokussieren: Mikroelektronik, Batterien, KI, Medikamentenversorgung sowie strategische Grundstoffindustrien wie Stahl und Chemie. Ein stabiles rechtliches Umfeld garantiert hierbei langfristige Investitionen – von der Forschung über das Start-up hin zum next hidden champion aus der Region. Wir müssen die Effizienzgewinne der globalen Arbeitsteilung mit unserer volkswirtschaftlichen Souveränität in Einklang bringen und Wertschöpfungsketten schaffen, die stabil gegenüber externen Schocks sind. Dies erfordert ein gemeinsames europäisches Vorgehen, gezielte Investitionen und den gesicherten Zugang zu Märkten.

Den Mittelstand und das Handwerk wertschätzen und unterstützen

Wir Grünen wollen die neue Mittelstandspartei in Deutschland sein. Der Bruch zwischen der Union und dem Mittelstand ist inzwischen für alle offensichtlich: Der Mittelstandsverband fordert den Rücktritt der Mittelstandsbeauftragten. Das ist nur folgerichtig. Während die Industrie zu Gipfeltreffen ins Kanzleramt geladen wird, muss der Mittelstand am Katzentisch warten. Das ist fatal. Mittelstand und Handwerk sind das Fundament unseres Standorts und sorgen insbesondere in ländlichen Räumen für Stabilität und regionale Wertschöpfung. Kleine und Kleinstbetriebe machen die allermeisten der Unternehmen in Deutschland aus. Doch gerade kleinere Betriebe werden derzeit durch bürokratische Hürden, unzureichende digitale Infrastruktur und hohe Strompreise ausgebremst.

Wir fordern eine sofortige Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Unternehmen und Haushalte, um insbesondere das Handwerk spürbar zu entlasten. Bürokratie muss effektiv durch regelmäßige Praxischecks in allen Ministerien abgebaut werden, wobei die Machbarkeit für kleine Unternehmen zum Maßstab werden muss. Jedes Ministerium soll verpflichtend mindestens zwei Mal im Jahr Praxis-Checks durchführen. Über das „Once-Only“-Prinzip sollen Daten künftig nur noch einmal bei Behörden eingereicht werden müssen, um unnötige Belastungen zu beenden. Von weniger Auflagen und einfacheren Abläufen sollen auch die Millionen (Solo-)Selbstständigen profitieren, die leider zu oft im politischen Raum übersehen werden. Um Investitionslücken zu schließen, fordern wir den





Aufbau eines KfW-Mittelstandsfonds, der KMU bei der digitalen und klimaneutralen Transformation mit Eigenkapitalinstrumenten unterstützt.

Start-ups, Scale-ups und Wachstumsfinanzierung groß denken

Wir Grünen sind die zentrale politische Stimme der Start-ups in Deutschland. Start-ups und Scale-ups spielen in einem neuen europäischen Wirtschaftsmodell für Deutschland und Europa eine Schlüsselrolle. Dennoch verlieren wir unsere vielversprechendsten Startups in ihrer Wachstumsphase viel zu oft an das außereuropäische Ausland bzw. dessen tiefe Kapitalmärkte. Zu geringe Finanzierungsmöglichkeiten in der Wachstumsphase sind neben dem Fachkräftemangel und dem Wunsch nach weniger Bürokratie und schnelleren Verfahren eine der größten Hürden für junge Unternehmen, in Deutschland und Europa zu bleiben und hier zu wachsen. Deutschland und Europa verfügen über ungenutztes Kapital in dreistelliger Milliardenhöhe.

Wir wollen dieses „schlafende Kapital“ wecken und die Ausweitung von Finanzierungsmöglichkeiten wirklich groß denken. Die großen Kapitalsammelstellen müssen endlich in ähnlich großen Teilen wie in anderen Regionen der Welt in Venture Capital (VC) Funds investieren, und die anstehende Reform der privaten Altersvorsorge sollte durch einen Bürgerfonds wie in Schweden ebenfalls für europäische Wachstumsfinanzierung nutzbar gemacht werden können. Die Kapitalmarktunion darf nicht nur besungen, sondern auch umgesetzt werden, und mindestens das 28. Regime und die EU Inc. schnellstmöglich kommen. Dafür machen wir uns in Europa und in Deutschland stark.

Echte Lösungen für die Herausforderungen bei Arbeits- und Fachkräften

All diese Maßnahmen können nur greifen, wenn wir den massiven Fach- und Arbeitskräftemangel bewältigen, der viele Betriebe bereits vor existenzielle Herausforderungen stellt. Wir fordern eine konsequente Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes inklusive der vollständigen Digitalisierung der Visavergabe und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Menschen, die in Deutschland sind, müssen arbeiten dürfen. Es ist gut, wenn die Koalition nun endlich an die Arbeitsverbote für Geflüchtete geht. Wer aber





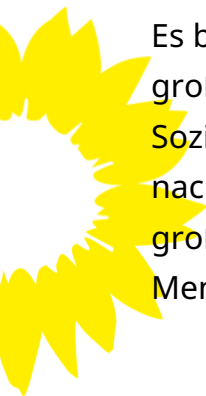
gleichzeitig Sprach- und Integrationskurse blockiert, sabotiert die Teilhabe der Menschen und verschlechtert die Chancen am Arbeitsmarkt.

Klar ist: Nur durch ein offenes, vielfältiges und attraktives Land können wir die Menschen gewinnen, die den Wohlstand von morgen erarbeiten. Gleichzeitig müssen wir die inländischen Potenziale besser heben, indem wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung stärken und Meisterausbildungen kostenfrei gestalten. Viele Menschen und insbesondere Frauen in Deutschland arbeiten hart im Beruf und kümmern sich zusätzlich noch um Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger. Statt diese Menschen als faul zu beschimpfen und ihnen mangelnde Leistungsbereitschaft zu unterstellen, sollten wir dafür sorgen, dass Frauen überhaupt die Möglichkeit haben, so viel zu arbeiten, wie sie gerne wollen. Vier Millionen Frauen würden gerne mehr arbeiten, wenn nicht Betreuungsverpflichtungen sie davon abhalten würden. Eine Reform des Ehegattensplittings, der Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Tagespflegeplätze und eine bessere steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten sind notwendig.

Mit Mut und in Zusammenarbeit das Potenzial unseres Landes voranbringen!

Wir können den Strukturwandel als Chance für neue, zukunftsfähige Geschäftsmodelle nutzen. Jetzt ist die Zeit, die Potenziale zu heben für nachhaltigen und fairen Wohlstand. Der Erfolg der Vergangenheit ist kein Garant für Erfolg in der Zukunft. Doch er kann uns Mut machen, uns neu zu erfinden und auf die großen Stärken des Landes zu vertrauen: den Fleiß der Menschen, auch jener, die neu zu uns kommen, die enorme Innovationskraft unserer Unternehmen und Forschenden und das immense industrielle Wissen unserer Ingenieur*innen.

In Zeiten tiefgreifender Umbrüche genügt es nicht, alte Gewissheiten zu verteidigen. Nur ein wirtschaftlich geeintes und demokratisch tief verwurzeltes Europa kann China auf Augenhöhe begegnen. Offenheit für technologische, ökologische und soziale Innovationen ist der Schlüssel, um aus Wandel neuen Fortschritt zu machen. Es brauchen diejenigen Kräfte freie Bahn, die sich in Mittelstand und Start-ups, in großen Konzernen und im Handwerk, als Selbstständige oder Sozialunternehmer*innen schon längst auf den Weg gemacht haben, den nachhaltigen Wohlstand der Zukunft zu erarbeiten. Wirtschaftspolitik in einer Zeit so großer Veränderungen und ökologischer sowie politischer Krisen muss den Menschen in den Mittelpunkt rücken. Wir haben enorme Expertise in den





Unternehmen und Menschen, die wissen, was sie tun. Ihnen wollen wir den Weg frei machen.

Wir stehen entschieden: Für Technologien der klimaneutralen und ökologischen Zukunft, für Industrie und Produktion in Deutschland und Europa und für gute Jobs und sichere Arbeitsplätze. Ein lautes Ja zu neuem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland und Europa!

